

A.1.2

Änderungsanträge zum Antrag A. 1 – „Der eigenen Kraft vertrauen. Für Sachsen.“ (Kapitel „Gute Arbeit – besser wirtschaften“)

EinreicherInnen: Beauftragtenrat, Koordinierungsrat, Delegierte des Landesjugendtages, MdL Julia Bonk

1. Antrag A1.2:

Streichung des Satzes in Zeilen 100 bis 102

„Denn es war die Politik, die riskante Spekulationen auf den Finanzmärkten überhaupt erst ermöglicht hat, statt auf Investitionen in die „Realwirtschaft“ und eine starke Binnenkaufkraft zu setzen.“

Begründung:

Dieser Satz ist aus mehreren Gründen problematisch. Zum einen werden „riskante Spekulationen“ nicht einfach von der Politik ermöglicht, sondern sind im Kapitalismus immanent. Warenproduktion orientiert sich nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern nur an einer Steigerung des Profits. Dabei ist es systemisch völlig logisch, dass immer neue Wege der Renditemaximierung gesucht und auch gefunden werden. Das Problem ist also nicht die Politik innerhalb des Kapitalismus sondern der Kapitalismus selbst. Darüber hinaus ist die Unterscheidung zwischen "Realwirtschaft" und den „Finanzmärkten“ problematisch, da die strukturell antisemitisch Mär der Trennung vom vom „schaffenden“ („Realwirtschaft“, das „moralisch Gute“) und „raffenden“ („Finanzwirtschaft“, das „moralisch Schlechte“) kolportiert wird. Statt innere Logiken der subjektlosen Herrschaft im Kapitalismus zu kritisieren wird simplifizierend moralisch unterschieden, was eigentlich gleich funktioniert. Denn auch in der sogenannten „Realwirtschaft“ sind Spekulationen unabdingbar. Produkte werden unabhängig vom Bedürfnis der Menschen entwickelt und produziert, in der Hoffnung diese dann mit dem Einsatz von Werbung am Markt absetzen zu können. Durch eine moralische Unterscheidung zwischen „Finanz-“ und „Realwirtschaft“ werden Kernprobleme des Kapitalismus - ineffizient, nicht an den Bedürfnissen orientierte Produktion, subjektlose Herrschaft, Ausbeutung - ausgeblendet und die Verantwortlichkeit für Missstände und Elend auf einige wenige projiziert. Das halten wir nicht nur für falsch sondern auch für gefährlich.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen:

Abgelehnt:

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____

2. Antrag A1.2:

Ersetzung des Halbsatzes in den Zeilen 114 – 115

„[...] *dass jetzt diejenigen für die Krise bezahlen sollen, die nicht für sie verantwortlich sind.*“
durch

„[...] *dass jetzt Verluste sozialisiert werden, während Gewinne jahrelang privatisiert worden sind.*“

Begründung:

Der Satz im Original ist problematisch, weil er suggeriert (wenige) einzelne seien für die Krise verantwortlich. Diese Einschätzung hält einer Analyse der Krise jedoch nicht stand: Die Krise ist zwar in der Tat auch Resultat einer massiven Aufblähung der Geldmenge bei gleichzeitig kaum wachsender Produktion. Das ist jedoch eine Grundtendenz im Kapitalismus - und für den sind quasi alle Menschen verantwortlich.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

3. Antrag A1.2:

Einfügung am Ende der Zeile 133:

„**Öffentliche Aufträge sollten verstärkt an Unternehmen vergeben werden, die in Effizienzsteigerungen, Abgasreinhaltung oder freiwilligen Umweltschutzmaßnahmen investieren.**“

Begründung:

Der Staat sollte auch bei der Vergabe von Aufträgen Vorbildfunktionen erfüllen und umweltfreundliche Unternehmen unterstützen. Dies erhöht die Bereitschaft der Wirtschaft umweltfreundlich zu produzieren und zu bauen.

Entscheidung des Parteitages			
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt:	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an:	_____		
Stimmen dafür:	_____	dagegen:	_____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____		

4. Antrag A1.2:

Ersetzung der folgenden Formulierung in den Zeilen 152 – 153

„Mit Investitionen in Kitas und Schulen wollen wir den Investitionsstau in diesem Bereich reduzieren und eine hohe Investitionsquote halten.“

durch

„Mit dem Ausbau, der Sanierung und Erweiterung von Kitas und Schulen wollen wir die Versäumnisse der letzten Jahre sowie dringlich gebotenen Verbesserungen reduzieren und angehen, darüber hinaus eine hohe Investitionsquote halten.“

Begründung:

Mit Investitionen den Investitionsstau beseitigen und eine hohe Investitionsquote halten ist ebenso aussagekräftig wie Durch die Steigerung der Kaufkraft wollen wir die jahrelang gesunkene Kaufkraft der Massen stabilisieren und eine hohe Kaufkraft halten. Besser einfach erklären in was wir investieren wollen und was es mit dem Investitionsstau hat. Parallel vermeidet man so auch fünf auf einander folgende „Investition“swörter.

Entscheidung des Parteitages			
Angenommen:	<input type="checkbox"/>	Abgelehnt:	<input type="checkbox"/>
Überwiesen an:	_____		
Stimmen dafür:	_____	dagegen:	_____ Enthaltungen: _____
Bemerkungen:	_____		

5. Antrag A1.2:

Ersetzung in Zeilen 237 – 238

„Agentur für Arbeit“

durch

„**Bund**“

Begründung:

In dem Satz heißt es richtig, dass wir eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Kommune, Land und Bund in der Erwerbslosenpolitik wollen. Deshalb sollten wir, Bund statt Agentur für Arbeit schreiben, auch weil wir grundsätzlich für die Abschaffung der Agentur sind. Da wir Erwerbslose nicht als etwas zu verwaltesdes Begreifen, sondern Individuen sehen und Ihnen ein Selbstbestimmtes Leben ermöglichen wollen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

6. Antrag A1.2:

Ersetzung der Formulierung in Zeile 262

„Mindestlohn von 300 Euro“

durch

„**die mit Mindestlohn vergütet werden**“

Begründung:

PraktikantInnen haben auch im Rahmen einer (Aus-)Bildung oft nicht nur die Möglichkeit einen Beruf praktisch kennenzulernen und dies oft auch indem sie Tätigkeiten übernehmen die dem Unternehmen nützen. Gerade weil wir fordern, dass Praktika keine „Kaffee-koch“ oder „ge-mal-Kopieren“ Tätigkeiten sein sollen. Wirt sollten als die richtige Forderung nach einer Vergütung des Praktika mit der ebenfalls richtigen Forderung nach einem Mindestlohn verbinden. Die Menschen sollen also nach Stunden bezahlt werden, und dies mit dem Mindestlohn. Niemand soll unter dem Mindestlohn arbeiten müssen, ach keine PraktikantInnen!

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

7. Antrag A1.2:

Streichung in Zeile 341 von
„Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“

Begründung:

Nicht nur Erwerbslose ArbeitnehmerInnen haben zu kämpfen mit den menschenfeindlichen Gesetzesbestimmungen die mit dem Namen Hartz eingeführt wurden. Auch Erwerblose die aus der Schule kommen oder noch nie arbeiten waren, sind also betroffen von dieser SPD-CDU-FDP-Grünen Politik. Dass die Bezugsdauer von Arbeitslosen Geld 1 verkürzt wurde, sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir uns auch um die Belange von Arbeitslosen Geld 2 EmpfängerInnen bemühen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

8. Antrag A1.2:

Streichung der Formulierung in Zeile 346

„für Wiedereingliederung und“

und Einfügung von

„zur“ vor „aus einer Hand“

Begründung:

Wer heute zur Kur fährt, sich länger krank, arbeitslos meldet, muss mit Leistungen und Scheinen zur Wiedereingliederung rechnen. Wer also aufgrund einer Krankheit, am besten chronischen, sich eigentlich erholen fährt, wartet offiziell nur auf seine "Wiedereingliederung auf den Arbeitsmarkt". Auch wer am Burn-Out Syndrom leidet oder litt, darf nur auf ...Wiedereingliederung hoffen. Nicht auf Erholung, Gesundung, Verbesserung der persönlichen Situation, sprich des Wohlbefindens. Einzig um die Verwertbarkeit des "Humankapitals" auf dem Arbeitsmarkt wird mit diesem Wort abgestellt. Diesem Duktus wollen wir uns nicht anschliessen.

Entscheidung des Parteitages	
Angenommen: <input type="checkbox"/>	Abgelehnt: <input type="checkbox"/>
Überwiesen an: _____	
Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____	
Bemerkungen: _____	

9. Antrag A1.2:

Ersetzung des Satzes in Zeile 378 - 380

„Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im öffentlichen Dienst wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden.“

durch die Formulierung

„Mit der Einführung von Instrumenten wie Lebensarbeitszeitkonten und Sabbatjahren im öffentlichen Dienst, einem selbstbestimmten Ruhejahr zur Erholung oder Weiterbildung, wollen wir der individuellen Lebensplanung, der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Weiterbildung stärker gerecht werden.“

Begründung:

Der Begriff „Sabbatjahr“ ist ein Fachbegriff, der einer Erläuterung bedarf.

Entscheidung des Parteitages

Angenommen: **Abgelehnt:**

Überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____